

Koalition bricht höchstwahrscheinlich ihr BAföG-Versprechen – Studierende werden erneut im Stich gelassen!

Berlin, 22. April 2026

Die Bundesregierung verfehlt wahrscheinlich erneut ihre eigenen sozialpolitischen Ziele, diesmal auf dem Rücken der Studierenden. Entgegen den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag bleibt unklar, ob es zum Wintersemester eine BAföG-Novelle geben wird.

Dabei ist die Lage eindeutig: Im Koalitionsvertrag wurde festgehalten, dass die Wohnkostenpauschale beim BAföG bis zum Wintersemester 2026/27 auf 440 Euro erhöht werden soll.

Benno Heumann aus dem Vorstand der Juso-Hochschulgruppen erklärt hierzu: *„Wer im Koalitionsvertrag Verbesserungen ankündigt, muss diese auch umsetzen. Alles andere untergräbt das Vertrauen in demokratische Institutionen.“*

Cora Merzbach aus dem Vorstand von Campusgrün betont: *„Die Lebensrealität von Studierenden ist geprägt von steigenden Mieten, hohen Energiepreisen und wachsendem finanziellem Druck. In seiner jetzigen Form ist das BAföG nicht existenzsichernd und verfehlt damit seinen Zweck.“*

Katharina Rummenhüller aus dem Vorstand des fzs ergänzt: *„Viele Studierende warten dringend auf Verbesserungen. Dass selbst die schon im Koalitionsvertrag zu kurz greifenden Maßnahmen bislang nicht umgesetzt wurden, ist ein deutliches Armutszeugnis für die Bundesregierung.“*

Wir fordern, dass unsere Anliegen endlich ernstgenommen werden. Ein BAföG, das den tatsächlichen Lebensrealitäten gerecht wird, ist zentral für Chancengerechtigkeit im Bildungssystem. Wer es ernst meint mit sozialer- und Bildungsgerechtigkeit, darf Studierende nicht länger vertrösten und politische Streitigkeiten nicht auf ihrem Rücken austragen.

Kontakt für Rückfragen, Interviews oder weitere Hintergrundinformationen:

Benno Heumann; benno.heumann@jusohochschulgruppen.de / +49 176 20209177

Katharina Rummenhüller; katharina.rummenhoeller@fzs.de / +49 151 1680 7671

Cora Merzbach; cora.merzbach@campusgruen.de

